

Eurospots



Dezember 2004

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt...

- **Neue Kommission im Amt bestätigt**
- **Sacharov-Preis geht an weißrussische Journalisten**
- **EU-Verfassungsvertrag in Rom unterzeichnet**
- **EU-Bildungsprogramme 2007-2013**
- **Internetportal für EU-Recht**
- **Betrugsbekämpfung auch in den neuen Mitgliedstaaten**
- **Qualität darf kosten!**

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
mgahler@europarl.eu.int

Regionalbüro Süd- und
Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93

Liebe Leserinnen und Leser,

die wichtigste Aufgabe zwischen der Europawahl und dem Jahresende 2004 hat das Europäische Parlament am 18. November erledigt und die neue Kommission unter José Manuel Durao Barroso für fünf Jahre ins Amt gebracht. Jetzt herrscht Klarheit über die handelnden Personen und im Januar wird der neue Präsident sein „Regierungsprogramm“ vorstellen. Weil das Parlament dadurch, dass es nicht alles akzeptiert hat, was ihm vorgesetzt wurde, an Kompetenz gewonnen hat, bin auch ich im Ergebnis zufrieden. Die Parlamentarisierung Europas kommt voran. Angesichts der Herausforderungen, vor der wir stehen, ist das auch nötig. Die Verfassung muss in allen Ländern ratifiziert werden, die Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen der EU werden tiefe Interessengegensätze offenlegen, die Zusammenarbeit bei der inneren und äußeren Sicherheit muss angesichts terroristischer Bedrohungen intensiviert werden, der Stabilitätspakt für den Euro steht unter akutem Beschuss unsolider wirtschaftender Regierungen, an der Spitze die Schröder-Regierung. Und daneben soll auch noch mit der Verwirklichung der „Lissabon-Strategie“ Europa bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum werden, ein Ziel, das man angesichts der Politik der meisten europäischen Regierungen schon jetzt als nicht erreichbar qualifizieren muss.

Neben diesen Problemen, die gewälzt werden, freuen sich aber die Abgeordneten, so wie die allermeisten Menschen in Europa, zum Jahreswechsel auf ein paar besinnliche Tage. Und daher wünsche ich auch Ihnen und Ihren Angehörigen, egal, ob Sie diese Mitteilung schon vor oder erst nach Weihnachten erhalten, ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2005!

Ihr

Neue Kommission endlich im Amt!

Am 18. November 2004 wurde die Kommission Barroso vom Europäischen Parlament mit 449 Ja- bei 149 Nein-Stimmen und 82 Enthaltungen ins Amt gewählt. Dem ging eine 5-monatige politische Diskussion mit unvorhergesehenen Ereignissen voraus:

Im Juni hatte der Europäische Rat den bisherigen portugiesischen Ministerpräsidenten José Manuel Barroso für das Amt des Präsidenten der neuen Europäischen Kommission vorgeschlagen. Mit dieser Nominierung des Christdemokraten Barroso trugen die Staats- und Regierungschefs dem Ergebnis der Europawahl vom 13. Juni Rechnung, aus der die Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EVP-ED) erneut als stärkste Fraktion hervorgegangen war. Das Europäische Parlament wählte Barroso am 22. Juli mit deutlicher Mehrheit: mit 413 Ja- bei 251 Nein-Stimmen und 44 Enthaltungen.

Barrosos erste Aufgabe war die Zusammenstellung der neuen Kommission aus den Vorschlägen der Regierungen. Erste Bewährungsprobe war, für die gesamte Kommission die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu erhalten. Laut Plan hätte das Parlament nach den Anhörungen der Kandidaten vor den zuständigen Ausschüssen in der letzten Oktoberwoche in Straßburg über die neue Kommission abstimmen müssen, damit sie am 1. November wie geplant ihre Arbeit hätte aufnehmen können.

Es kam anders: Bei den Anhörungen kamen Zweifel an einigen der Kandidaten auf, sowohl fachlicher als auch politischer Natur. Trotz intensiver Gespräche zwischen Barroso und den Fraktionsvorsitzenden konnte im Vorfeld keine Lösung gefunden werden, so dass der Kommissionspräsident in letzter Minute um eine Vertagung der Entscheidung ersuchte. Im Kreuzfeuer der Abgeordneten der sozialdemokratischen, grünen, kommunistischen und liberalen Fraktion stand unter anderem Barrosos Kandidat für das Innen- und Justizressort, der Italiener Buttiglione, wegen angeblich diskriminierender Behauptungen gegenüber Homosexuellen und Frauen. Aber auch der Ungar Kovács sah sich wegen seiner kommunistischen Vergangenheit und vor allen Dingen akuten Zweifeln an seiner fachlichen Kompetenz der harschen Kritik für das ihm zugedachte Ressort Energiepolitik ausgesetzt. Der Parteienfinanzierungsskandal im Gepäck der lettischen Kandidatin, Ingrida Udre (grün), war definitiv nicht mit einem Posten im Kommissionsgremium ver-

einbar. Die vorgesehene Wettbewerbskommissarin Nelly Kroes saß in zu vielen Aufsichtsräten und Vorständen, als dass sie glaubwürdig den Wettbewerb in allen Branchen hüten könnte.

Barroso zog in dieser Situation die einzig richtige Konsequenz: Er entschloss sich, sein Team für die neue Kommission zu diesem Zeitpunkt nicht vorzustellen und nutzte die drei Wochen zwischen dem Oktober – und November-Plenum. Er konnte nicht nur den italienischen Ministerpräsidenten bewegen, den bisherigen Außenminister Franco Frattini als neuen Kandidaten zu benennen, sondern ersetzte auch die bisherige lettische Kandidatin durch ihren in Brüssel hoch angesehenen Landsmann Andris Piebalgs, ehemals Botschafter Lettlands bei der EU, als Kommissar für Energiefragen. Dem Ungarn Kovacs wies Barroso als neues Ressort den Bereich Steuern und Zollunion zu.

Mit dieser Neuformierung stellte sich Barroso im November erneut dem Plenum in Straßburg - und überzeugte. Die EVP-ED-Fraktion hätte gerne noch die eine oder andere personelle Veränderung gesehen, vor allem den Austausch von Kovacs und Kroes, jedoch wurde die Zustimmung nun für ein kompetenteres Kommissionskollegium erteilt, das mehrheitlich für eine bürgerliche politische Ausrichtung steht. Insgesamt sind sowohl Parlament und Kommission durch dieses Vorgehen gestärkt worden. Denn die Regierungen, die jeweils einen Kandidaten zu benennen haben, werden sich künftig besser überlegen müssen, wen sie vorschlagen. Als "Versorgungsposten" für verdiente Parteigrößen oder zum Abschieben unliebsamer "Parteifreunde" dient die Kommission jedenfalls nicht mehr. Und die Kommission trat am 22.11. ihr Amt mit letztendlich nur dreiwöchiger Verzögerung an!

Weitere Informationen unter:

http://www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004_comm/default_en.htm

Sacharow-Preis 2005

EVP-ED-Fraktion setzt ihren Kandidaten und damit den Vorschlag von Michael Gahler durch

Der diesjährige Preisträger des vom Europäischen Parlament verliehenen Sacharow-Preises ist der weißrussische Journalistenverband. Der Preis wird seit 1988 an Organisationen oder Personen verliehen, die sich im Kampf um Meinungs- und Pressefreiheit hervorgetan haben. Am Rande der Bekanntgabe in Straßburg erklärte Michael Gahler, der Initiator dieses Vorschlags im Namen der EVP-ED Fraktion, dass er große Freude und Genugtuung über die Wahl empfinde. Denn damit setze

einerseits das Europäische Parlament ein Zeichen, dass es sich an der Ostgrenze der Europäischen Union für demokratische Verhältnisse und die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte bemüht. Andererseits sei es eine Auszeichnung der Bemühungen der weißrussischen Journalisten, die sich gegen die massiv eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit im Reich Lukaschenkos Regime einsetzen. Gerade im Licht der von unabhängigen Beobachtern als undemokratisch qualifizierten Wahlen im Oktober sollte diese politisch-moralische Unterstützung der gesamten weißrussischen Demokratiebewegung Auftrieb geben und auch innerhalb der EU die Aufmerksamkeit auf die unhaltbaren Zustände in dieser letzten Diktatur Europas lenken.

Der weißrussische Journalistenverband und seine Mitglieder haben sich seit Jahren für Meinungs- und Pressefreiheit eingesetzt. Viele Mitglieder sind hierfür ein hohes persönliches Risiko eingegangen. Damit sind sie dem Namensgeber des Preises, Andrej Sacharow, gefolgt, der sich in der früheren Sowjetunion trotz Verbannung, Hausarrests und Gerichtsverfahren für eine Demokratisierung einsetzte. Der Preis wird in einer offiziellen Feier am 14. Dezember überreicht. Weitere Informationen unter:

<http://baj.ru/indexe.htm>

<http://www.europarl.eu.int/compar/afet/droi/default.htm>

EU-Bildungsprogramm 2007-2013

Thema: Lebenslanges Lernen

Durch eine neue Generation von Programmen im Bereich berufliche und allgemeine Bildung will die EU-Kommission die Handhabung und Übersichtlichkeit für Antragsteller verbessern. Die Programme sollen dezentraler, einfacher und benutzerfreundlicher werden, sowie das Budget sich auf 13,62 Mrd. Euro verdreifachen. Das "integrierte Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens" ersetzt die derzeitigen Gemeinschaftsprogramme wie Sokrates, Leonardo und Jugend für Europa und fasst sie, teilweise unter bekannten Titeln, neu zusammen. Ziel ist es, durch lebenslanges Lernen die Gemeinschaft zu einer Wissensgesellschaft zu machen, und entsprechend auch mit besseren Qualifikationen im internationalen Wettbewerb besser zu bestehen. Bewährtes bleibt erhalten: Comenius (Schulbildung), Erasmus (Hochschulbildung), Leonardo Da Vinci (berufliche Bildung) und Grundtvig (Erwachsenenbildung) bilden künftig die vier Säulen des Programms.

Sie werden ergänzt durch ein Querschnittsprogramm mit den Themen:

- politische Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft, zum Beispiel zur besseren Verbreitung von guten Praxisbeispielen und Gestaltung der Rahmenbedingungen
- Förderung des Sprachenlernens
- Entwicklung innovativer und Internetgestützter Dienste für lebenslanges Lernen
- Integration und Unterstützung von Einrichtungen und Vereinigungen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung wie zum Beispiel von Europa-Kollegs und Einrichtungen des Jean-Monnet-Programms

Vereinfachte Abläufe

Die Integration der Programme unter einem Dach führt zu einer Vereinfachung der Verwaltungsabläufe. Im Sinne stärkerer Dezentralisierung verwalten nationale Agenturen in den Mitgliedstaaten künftig 82 Prozent der Mittel. Zunächst muss allerdings im Rahmen der EU-Haushaltsverhandlungen im nächsten Jahr das Programm-Budget bestätigt werden.

http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/newprog/com4_de.pdf

Ziele des Aktionsprogramms

- Mindestens jeder 20. Schüler in der Union soll an Comenius teilnehmen.
- Bis 2011 sollen insgesamt 3 Millionen Studenten Erasmusstipendien erhalten haben.
- Im Rahmen von Leonardo Da Vinci soll die Zahl der Praktika in Unternehmen bis 2013 von 45.000 auf 150.000 jährlich ansteigen.
- Deutlich anwachsen soll auch die Beteiligung am Grundtvig-Programm.

Das Budget von 13,62 Mrd. Euro wird auf Comenius (10%), Erasmus (40%), Leonardo da Vinci (25%) und Grundtvig (3%) sowie auf die Querschnittsprogramme verteilt.

Qualität darf kosten

Vorbei sind die Zeiten, in denen Bürger die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) noch mit Milchseen und Butterbergen gleichsetzten. Die GAP wird von den Bürgern der EU überwiegend positiv wahrgenommen. Dies ist das Ergebnis einer Eurobarometer-Untersuchung mit dem Titel "Die Bürger der EU und die Landwirtschaft von 1995 bis 2003". Das Qualitätsbewusstsein für Lebensmittel hat deutlich zugenommen, vor allem im nördlichen Europa. 52 Prozent der Befragten sind bereit, für bessere Qua-

lität bei Fleisch und Gemüse mehr zu bezahlen. Hier könnten die europäischen Qualitätszeichen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mehr Bedeutung erlangen. Denn während eine Mehrheit der Befragten ein solches Gütezeichen befürwortet, sind die bestehenden europäischen Labels wie die "geschützte Ursprungsbezeichnung" oder die "geschützte geographische Angabe" nur einer kleinen Zahl von Verbrauchern bekannt. Rund 60 Prozent der Deutschen befürworten "mehr Europa" in der Agrarpolitik. Wie die GAP genau arbeitet, ist der Mehrheit der Befragten jedoch nicht recht klar. Informationsdefizite bestehen laut Eurobarometer vor allem in Italien, Spanien, Österreich und Schweden.

http://europa.eu.int/comm/agriculture/survey/2004/rep_en.pdf

Gipfel zur Unterzeichnung des EU-Vertrags

Die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedstaaten sind Ende Oktober 2004 zur feierlichen Unterzeichnung des künftigen EU-Verfassungsvertrags, über den auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 18. Juni 2004 Einigkeit erzielt worden war, in Rom zusammengetroffen. Bevor der Verfassungsvertrag in Kraft treten kann, muss er in den kommenden zwei Jahren in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Dies geschieht durch die nationalen Parlamente; in einigen Ländern sind aber auch Volksentscheide vorgesehen bzw. geplant. Wie verfahren wird, wenn die Verfassung in einem oder mehreren Staaten abgelehnt wird, ist nicht festgelegt.

Die Europäische Kommission hat das Datum der Unterzeichnung zum Anlass genommen, eine neue Website zum Verfassungsvertrag zu lancieren. Über diese Internetseiten können umfangreiche Informationen zum neuen Regelungswerk abgerufen werden. In thematisch geordneten Themenblättern werden die wesentlichen Veränderungen erläutert, aktuelle Informationen zum Stand der Ratifizierungsverfahren sollen auch eingestellt werden. Schauen Sie mal selbst unter <http://www.europa.eu.int/constitution>

Betrugsbekämpfung auf neue Mitgliedstaaten ausgeweitet

Künftig können auch die Bürger in den zehn neuen Mitgliedstaaten sowie in Rumänien über eine gebührenfreie Rufnummer Hinweise auf Betrugsfälle an das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Brüssel übermitteln. Eine gebührenfreie Rufnummer („Freephone“) steht

nun in 26 europäischen Ländern zur Verfügung. Damit hat jeder EU-Bürger die Möglichkeit, eine Nachricht in seiner Muttersprache zu hinterlassen und so Hinweise auf Betrugs- oder Korruptionsdelikte zu übermitteln.

Dies können z.B. Delikte sein, die gegen die finanziellen Interessen der Gemeinschaft gerichtet sind. Alle Anrufe werden von OLAF-Untersuchungsbefragten ausgewertet. So sind in den vergangenen zwölf Monaten auf der Grundlage von Mitteilungen, die über das „Freephone“ übermittelt wurden, 10 neue Untersuchungen eingeleitet worden. Die deutsche Nummer lautet: 0800 18 20 595. Zu erreichen ist das OLAF zudem per E-Mail: olaf-courrier@cec.eu.int Nähere Informationen über die gebührenfreien Rufnummern stehen auf der OLAF-Website zur Verfügung: http://europa.eu.int/comm/antifraud/freephone/index_de.html

Drogen - Vorstellung des Jahresberichts

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht mit Sitz in Lissabon hat am 25.11.04 in Brüssel ihren Jahresbericht über den Stand des Drogenproblems in der Europäischen Union und in Norwegen vorgelegt. Erstmals geht der Bericht mit eigenen Kapiteln auf jede Substanz ein und enthält auch Kapitel zu Querschnittsthemen: Politik und Drogengesetzgebung, Fragen zur Kriminalität, Vorbeugung und Behandlung. Am selben Tag hat die Agentur ihr erstes statistisches Online-Bulletin und eine Zusammenfassung der Lage in den einzelnen Ländern vorgestellt. Kontakt: http://www.emcdda.eu.int/mlp/ms_de-index.shtml

Ein Internetportal zum EU-Recht

Plant die EU-Kommission wirklich neue Beschränkungen für den Alkoholverkauf an Minderjährige, wie in der Presse zu lesen war? Die Antwort lautet: noch nicht. Gewissheit schafft das neue EURLex Portal. EUR-Lex bietet nach der Fusion mit der Datenbank Celex seit dem 1. November erstmals einen kostenfreien Zugriff auf sämtliche Rechtsdokumente der EU. Neben dem Zugriff auf das EU-Amtsblatt liefert das Portal Links zu wichtigen Dokumenten wie dem Haushaltsplan der EU, internationalen Verträgen und parlamentarischen Anfragen. Darüber hinaus bietet EUR-Lex Berichte zu aktuellen Rechtsthemen. Über eine Million Dokumente sind bereits in die Datenbank eingestellt. Auch kann sich der Nutzer hier grundsätzlich über das Gemeinschaftsrecht und die Entscheidungswege in der EU informieren. Alle diese Informationen unter:

<http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/index.htm>